

stabil
für Sachsen-
Anhalt

Gewerkschaftliche Forderungen

Landtagswahl 2026



31 Gewerkschaftliche Forderungen 32 Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026 33

34 Inhalt 35

36	1	Starke Wirtschaft – Gute Arbeit für alle	2
37	1.1	Öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Transformation.....	2
38	1.2	Stärkung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung.....	3
39	1.3	Energiewende als Chance für Wertschöpfung und regionale Jobs	4
40	2	Handlungsfähiger Staat – Lebenswerte Kommunen	4
41	2.1	Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.....	5
42	2.2	Digitalisierung der Behörden mit Fokus auf Bürgernähe	5
43	2.3	Ausbau kommunaler Handlungsspielräume	5
44	3	Zukunftsfähige Bildung – ein Leben lang	6
45	3.1	Gute Bildung für alle – durch gute Rahmenbedingungen	6
46	3.2	Übergangschancen verbessern - Berufliche Bildung stärken	7
47	3.3	Berufliche Weiterbildung für sichere Arbeitsplätze in turbulenten Zeiten	8
48	4	Solidarische Daseinsvorsorge – Für alle, nicht für Profite	9
49	4.1	Gesundheitsversorgung und Pflege sichern – auch im ländlichen Raum	9
50	4.2	Familienfreundliches Sachsen-Anhalt – Gutes Leben für alle Generationen	9
51	4.3	Bezahlbarer Wohnraum – attraktive Verkehrsinfrastruktur	10
52	5	Demokratische und sichere Gesellschaft – Kein Platz für Hass & Hetze	11
53	5.1	Starke Zivilgesellschaft für Demokratie und Weltoffenheit.....	11
54	5.2	Innere Sicherheit für ein friedliches Zusammenleben	12
55	5.3	Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt.....	12

56
57
58
59

60 **Einleitung**

61 Sachsen-Anhalt steht vor einer Richtungsentscheidung. Die anstehende Landtagswahl bestimmt mit
 62 darüber, wie wir in Zukunft arbeiten, leben und miteinander umgehen wollen. Der Deutsche Gewerk-
 63 schaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass die Interessen der Be-
 64 schäftigten, ihrer Familien und aller Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Landespolitik stehen.
 65 Für uns ist klar: Es braucht jetzt entscheidende Weichenstellungen, damit wir in die Zukunft unseres
 66 Landes investieren können, in ein Sachsen-Anhalt, das allen Menschen Chancen, Sicherheit und ein gu-
 67 tes Leben bietet.

68 Dabei orientieren wir uns an fünf zentralen Themenschwerpunkten:

- 69 • Eine **starke Wirtschaft** muss auf *guter Arbeit für alle* beruhen – mit fairen Löhnen und sicheren
 70 Arbeitsplätzen sowie einer nachhaltigen Politik für Industrie, Handwerk und Dienstleistungen,
 71 die ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit zusammenbringt.
- 72 • Ein **handlungsfähiger Staat** ist die Grundlage für **lebenswerte Kommunen** – mit solider öffent-
 73 licher Infrastruktur, funktionierender Verwaltung und gleichwertigen Lebensverhältnissen in
 74 Stadt und Land.
- 75 • **Zukunftsfähige Bildung** muss von der Kita bis ins Alter gute Rahmenbedingungen bieten –
 76 denn Bildungschancen sind Lebens- und Teilhabechancen.
- 77 • Eine **solidarische Daseinsvorsorge** bedeutet: zentrale Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Woh-
 78 nen und Mobilität müssen für alle zugänglich sein und nicht Profite für wenige ermöglichen.
- 79 • Wir wollen eine **demokratische und sichere Gesellschaft** mit einer entschiedenen Haltung ge-
 80 gen Hass, Hetze und Gewalt – für ein Sachsen-Anhalt, in dem Vielfalt, Solidarität und Zusam-
 81 menhalt gelebt werden.

82 Damit diese Ziele Realität werden, brauchen wir eine solide und gerechte Finanzierung unseres Gemein-
 83 wesens. Mit seinem Steuerkonzept hat der DGB konkrete Vorschläge vorgelegt, wie öffentliche Einnah-
 84 men gestärkt, Lasten fair verteilt und notwendige Investitionen ermöglicht werden können. Dazu gehört
 85 der aktive Einsatz auf Bundesebene für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Reform
 86 der Erbschaftssteuer hin zu mehr Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit. Diesen Einsatz erwarten wir
 87 auch von der zukünftigen Landesregierung.

88

89 **1 Starke Wirtschaft – Gute Arbeit für alle**

90 Sachsens-Anhalts Wirtschaft steht unter Druck. Durch Rezession, Zollstreitigkeiten, hohe Strompreise
 91 und ungünstige Standortfaktoren ist die positive Entwicklung der vergangenen Jahre bedroht – und mit
 92 ihr viele gute Arbeitsplätze. Gleichzeitig steht das Land mit dem Fachkräftemangel, der demografischen
 93 Entwicklung und regionalen Ungleichgewichten vor weiteren zentralen Herausforderungen. Um den
 94 hier lebenden und arbeitenden Menschen eine gute Zukunft und den ansässigen Betrieben bessere Rah-
 95 menbedingungen zu ermöglichen, sind umfassende Investitionen und zielgerichtete Weichenstellun-
 96 gen unumgänglich. Unser Ziel ist Gute Arbeit für alle in Sachsen-Anhalt.

97 **1.1 Öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Transformation**

- 98 • Europäische und nationale Fördermittel sind gezielt auszubauen und stärker für die **Schaffung**
 99 **und den Erhalt guter Arbeitsplätze** einzusetzen.
- 100 • Für einen zielgerichteten Einsatz der verbleibenden **Mittel aus dem Investitionsgesetz Kohle-**
 101 **regionen** braucht es eine strategische Fokussierung auf regionale Schwerpunktprojekte.
- 102 • Planung und Umsetzung von **Infrastrukturmaßnahmen** müssen beschleunigt und **Ansiedlun-**
 103 **gen** durch kluges Flächenmanagement angereizt werden.

- 104 • Transformationsbeiräte sind zu gründen und sollen die **Beteiligung der Gewerkschaften und**
 105 **Beschäftigten** in vom Strukturwandel betroffenen Branchen und Regionen sicherstellen.
 106 • Wir fordern ein **Transformationsprogramm** mit strategischen Beratungsangeboten für die von
 107 der Transformation betroffenen Unternehmen, gezielter Innovationsförderung sowie koordi-
 108 nierten Investitionen in Digitalisierung, Weiterbildung und – bezogen auf die Automobilzuliefe-
 109 rerindustrie – zur Umstellung auf neue Antriebstechnologien. Ergänzend dazu soll der Ausbau
 110 von Kooperationen zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen zur
 111 Entwicklung neuer Geschäftsfelder und Technologien, bspw. im Bereich Elektromobilität, vo-
 112 rangetrieben werden.
 113 • Die ostdeutsche Industrie kämpft mit hohen Transformationskosten. Sie braucht **temporäre**
 114 **staatliche Beteiligung an existenzbedrohten Unternehmen**. Dies kann durch den Aufbau ei-
 115 nes Beteiligungsfonds für mitbestimmte und tarifgebundene Unternehmen gelingen.
 116 • Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist nicht nur durch hohe Transformationskosten be-
 117 droht, sondern auch durch die Subventionspolitik, z.B. der USA oder Chinas. Hier muss auf eu-
 118 ropäischer Ebene gegengesteuert werden. Die Landespolitik muss sich für eine **europäische**
 119 **Strategie zugunsten bedrohter Unternehmen** einsetzen. Denn Europa – und damit auch Sach-
 120 sen-Anhalt – muss seine starke Industrie behalten.
 121 • Das Land muss **Standort- und Beschäftigungssicherung** zur Chefsache erklären. Dazu gehört
 122 der Einsatz für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um energieintensive industrielle
 123 Kerne, wie bspw. das Chemiecluster Mitteldeutschland und die Grundstoffchemie, die Ernäh-
 124 rungswirtschaft sowie die Automobilzulieferung zu erhalten. Ziel ist die Sicherung guter, mitbe-
 125 stimmter und tarifgebundener Arbeitsplätze.
 126 • Die digitale Transformation verändert Arbeit. Um diese Veränderungen sozial gerecht zu gestal-
 127 ten, fordern wir den **Schutz tariflich abgesicherter Beschäftigung**, ein **Recht auf Weiterbil-**
 128 **dung** bei digitalen Transformationsprozessen, den **Aufbau und Förderung branchenspezifi-**
 129 **cher Qualifizierungsprogramme** sowie mehr **Mitbestimmung in digitalen**
 130 **Veränderungsprozessen**.
 131 • Effektive Kontrollen sind die Voraussetzung für einen wirksamen **Arbeits- und Hitzeschutz**.
 132 Doch obwohl Sachsen-Anhalt bei der Anzahl der Arbeitsschutzkontrollen im bundesweiten Ran-
 133 king einen Spitzenplatz einnimmt, stellen die ab 2026 geltenden Mindestbesichtigungsquoten
 134 die Gewerbe- und Arbeitsschutzämtern vor große Herausforderungen. Um eine Besichtigungs-
 135 quote von fünf Prozent aller Betriebe pro Jahr zu erreichen, wirkt die Nachbesetzungssperre für
 136 die Landesverwaltung kontraproduktiv und ist zurückzunehmen.

137 1.2 Stärkung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung

- 138 • Um die Tarifbindung zu stärken, darf das Land Sachsen-Anhalt **öffentliche Aufträge nur an Un-**
 139 **ternehmen mit Tarifvertrag** vergeben. Zu einer soliden öffentlichen Auftragsvergabe gehören
 140 selbstverständlich Kontrollen und Sanktionen bei Vertragsverstößen.
 141 • Unternehmensförderung nur mit Tarifbindung und Betriebsrat: Wir brauchen einen deutlichen
 142 **Förderbonus für tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen**, bspw. bei der Gemein-
 143 schaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).
 144 • Klare **Strategie gegen Arbeitsausbeutung**: Für Arbeitgeber, die Betriebsräte behindern, darf es
 145 keine öffentliche Förderung geben. Zur Verfolgung von Betriebsratsbehinderung und Arbeits-
 146 ausbeutung fordern wir die **Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft**. Erfolgreiche Pro-
 147 jekte, die Beschäftigte beraten und damit zur Eindämmung von Ausbeutung am Arbeitsplatz
 148 beitragen, bspw. BemA – Beratung migrantischer Arbeitskräfte, sind zwingend fortzuführen und
 149 zu verstetigen.
 150 • Die neue Landesregierung muss das Bekenntnis zur Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung
 151 aufrechterhalten. Die **Förderung der jährlich stattfindenden Betriebs- und Personalrätekon-**
 152 **ferenz** ist sicherzustellen.

1.3 Energiewende als Chance für Wertschöpfung und regionale Jobs

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen unverändert zum Pariser Klimaabkommen und den Klimaschutzzielen der EU, des Bundes und des Landes. Ziel staatlichen Handels auf allen Ebenen muss die Erreichung der Klima- und Energieziele sein. Wir setzen uns für eine **soziale, ökologische, demokratische und geschlechtergerechte Gestaltung der Transformation** ein. Die Beschäftigten müssen an der Gestaltung der Transformation beteiligt werden.
- Energiewende und Klimaschutz müssen mit der **Sicherung und Schaffung guter, tariflicher und mitbestimmter Beschäftigung und Einkommen** verbunden werden.
- Die angestoßenen Prozesse für eine gelingende Energiewende in Sachsen-Anhalt müssen unbedingt beibehalten und forciert werden. Das betrifft **den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Netze, Speicher** und Weichenstellungen für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft. Saubere und bezahlbare Energie ist ein echter Standortfaktor. Dafür sind weiterhin massive Investitionen notwendig. Dies gilt auch für die Wasserstofftechnologie, die Elektromobilität, Batteriereproduktion und -recycling und die Ladeinfrastruktur.
- Insbesondere mit Blick auf den Ausstieg aus der Kohleverstromung dürfen die gesetzlichen Vorgaben für den Ausbau der photovoltaischen Energieerzeugung sowie der Windenergie nicht in Frage gestellt werden. Für die **Windkraftgewinnung an Land** muss einerseits sichergestellt werden, dass Bestandsanlagen erhalten bzw. durch leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden (Repowering). Andererseits wird es darauf ankommen, die Geschwindigkeit zur Erschließung und Genehmigung neuer Flächen für Wind- und Solarparks zu erhöhen.
- Die **finanzielle Beteiligung von Kommunen** an den Erträgen von Windkraft- und Photovoltaikanlagen im Rahmen des Akzeptanz- und Beteiligungsgesetzes ist zwingend beizubehalten und nach Möglichkeit auszubauen.
- Sachsen-Anhalt ist gefordert, den **Wasserstoffhochlauf** massiv zu beschleunigen – mit mehr Technologieoffenheit, in allen Farben – grün, blau, türkis und weitere klimaneutrale Varianten. Die Wasserstoffwirtschaft muss mit dem mitteldeutschen Chemiecluster verknüpft werden, Transport- und Speicherlösungen sind auszubauen.
- Kraftwerkstandorte in Sachsen-Anhalt dürfen bei der Umsetzung der Kraftwerkstrategie des Bundes nicht übergangen werden. Die **Ansiedlung eines neuen Gaskraftwerkes** in Schkopau hätte positive Effekte auf den Strukturwandel in der Region und würde vielen Menschen eine sichere Beschäftigungsperspektive bieten.
- **Qualifizierte Fachkräfte** sind eine zentrale Voraussetzung, um die Energiewende umzusetzen. Daher müssen die Fachkräftebedarfe analysiert und darauf basierend die Qualifikationsangebote angepasst werden.
- Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund für eine spürbare **Entlastung bei den Strom- und Energiekosten** sowohl für private Haushalte als auch kleine- und mittelständische Unternehmen sowie energieintensive Betriebe einzusetzen.

2 Handlungsfähiger Staat – Lebenswerte Kommunen

Der öffentliche Dienst ächzt unter Personalmangel bei ständigem Aufgabenzuwachs. Die Folgen: Unterrichtsausfall, Termenschwierigkeiten bei Ämtergängen, lange Bearbeitungszeiten. Durch den verhängten Einstellungsstopp für Landesbehörden wird die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen weiter eingeschränkt. Leidtragende sind vor allem die Beschäftigten. So kann das nicht weitergehen. Sachsen-Anhalt braucht einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst, damit staatliche Institutionen zuverlässig arbeiten und öffentliche Leistungen effizient erbracht werden können. Das schafft Vertrauen und stärkt die Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber zukünftigen Krisen.

199 2.1 Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

- 200 • Guter Service braucht qualifiziertes Personal; qualifiziertes Personal erwartet und verdient an-
201 gemessene Bezahlung. Haushaltskonsolidierung darf nicht zu Lasten der Beschäftigten im öf-
202 fentlichen Dienst erfolgen. Der willkürliche **Einstellungsstopp für Landesbehörden und -be-**
203 **triebe ist sofort zu beenden.** Der öffentliche Dienst braucht mehr Planbarkeit und eine
204 angemessene Personalausstattung. Eine **langfristige Personalstrategie** muss einhergehen mit
205 einer **Evaluierung der Aufgaben.** Beschäftigte brauchen Planungssicherheit darüber, welche
206 Aufgaben sie übernehmen oder nicht übernehmen sollen.
- 207 • Gute Arbeitsbedingungen, ein gutes Betriebsklima und gute Bezahlung sind die Basis für einen
208 attraktiven öffentlichen Dienst, der längst um Fachkräfte mit anderen Branchen konkurriert.
209 Dementsprechend fordern wir neben der **Übertragung von Tarifsteigerungen** auf Beamt*in-
210 nen auch die **Erhöhung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.**
- 211 • Um die Mitbestimmung zu stärken, braucht es ein **modernes Personalvertretungsgesetz**, das
212 Individualrechte – dazu gehören auch Beteiligungs- und Reklamationsrechte – umfassend be-
213 rücksichtigt. Darüber hinaus müssen auch Hochschulbeschäftigte, die ganz oder teilweise aus
214 Drittmitteln bezahlt werden, vom Personalvertretungsgesetz erfasst werden.
- 215 • Ob Polizist*innen, Rettungskräfte, Justizvollzugsbeamt*innen sowie Mitarbeiter*innen in den
216 Behörden, bei der Bahn, im ÖPNV oder Schwimmbad – in vielen Bereichen erleben Beschäftigte
217 bei der Arbeit respektloses oder sogar gewalttätiges Verhalten. Die neue Landesregierung muss
218 diese Entwicklung ernst nehmen und eine **Strategie zum Schutz der Kolleginnen und Kolle-**
219 **gen vor Gewalt** erarbeiten – mit gewerkschaftlicher Beteiligung. Übergriffe müssen schneller
220 geahndet werden. Flankierend braucht es neben unserer DGB-Kampagne „*Vergiss nicht – hier*
221 *arbeitet ein Mensch!*“ auch öffentliche Kampagnen, die ein deutliches Zeichen gegen Gewalt set-
222 zen.

223 2.2 Digitalisierung der Behörden mit Fokus auf Bürgernähe

- 224 • Digitale Prozesse können viele Ämtergänge, Wartezeiten und Mehrfacharbeit ersparen. Hier sind
225 die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Im Land der Moderne müssen **digitale Ange-**
226 **bote für öffentliche Dienstleistungen in allen Regionen** nutzbar sein. Grundlage dafür ist der
227 flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur.
- 228 • Auch im öffentlichen Dienst gilt: Die Beschäftigten sind die Expert*innen in der Praxis. Nur mit
229 einer starken **Einbindung der Beschäftigten durch Personalräte** und guter Weiterbildung wird
230 Digitalisierung erfolgreich!
- 231 • Digitalisierung darf **nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger** umgesetzt werden. Wer von
232 den neuen Technologien überfordert ist, muss auch zukünftig menschliche Ansprechpersonen
233 vorfinden, möglichst wohnortnah.

234 2.3 Ausbau kommunaler Handlungsspielräume

- 235 • Für anstehende Herausforderungen und erforderliche Zukunftsinvestitionen brauchen Kommu-
236 nen eine nachhaltig ausgestaltete Finanzkraft, also mehr Einnahmen! Das Land muss den Kom-
237 munen ausreichend **Spielraum für die erforderliche Mitfinanzierung bei Bundes- und EU-**
238 **Programmen** geben, damit diese Mittel nicht ungenutzt verfallen. Die Mittelvergabe aus den
239 europäischen Struktur- und Investitionsfonds muss deutlich vereinfacht werden.
- 240 • Städte und Gemeinden brauchen ein **Budget für freiwillige Aufgaben.** Dafür sind die Steueran-
241 teile für Kommunen aus Gemeinschaftssteuern zu erhöhen.
- 242 • Die Gewerbesteuer als wichtigste Gemeindesteuer ist zu stärken und zu einer umfassenden **Ge-**
243 **meindewirtschaftssteuer** weiterzuentwickeln, indem alle Gewerbebetriebe, Selbständige und
244 Freiberufler*innen einbezogen werden.

- 245
- 246
- 247
- 248
- 249
- 250
- 251
- 252
- 253
- 254
- 255
- Die **aktive Entschuldung** hochverschuldeter Kommunen ist mit Bundes- und Landesmitteln voranzutreiben. Die Landesregierung muss sich gegenüber dem Bund für einen bundesweiten kommunalen **Altschuldentilgungsfonds** einsetzen und landespolitische Handlungsmöglichkeiten ausloten.
 - Die neuen staatlichen Handlungsspielräume durch Sondervermögen und Reform der Schuldenbremse müssen in den Kommunen sichtbar werden mit dem Ziel, die **Attraktivität der ländlichen Regionen als Wohn-, Lebens- und Arbeitsort zu stärken** und eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.
 - Die Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Gestaltung ihrer Kommune beteiligt werden und konkrete Ergebnisse ihrer Beteiligung sehen. Für die **Mitbestimmung vor Ort** sind Vereine, Netzwerkformate, Beiräte und Bürger*innen-Entscheide zu fördern.

256

257 **3 Zukunftsfähige Bildung – ein Leben lang**

258 Die Anforderungen an Bildung haben sich in einer zunehmend komplexen, digitalisierten und globalisierten Welt grundlegend gewandelt. Zukunftsfähige Bildung bedeutet heute mehr als reine Wissensvermittlung – sie zielt auf Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und die Befähigung zum lebenslangen Lernen. In Sachsen-Anhalt stehen wir vor der zentralen Aufgabe, Bildung von der frühen Kindheit bis ins Alter so zu gestalten, dass alle Menschen die bestmöglichen Lernbedingungen vorfinden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Wohnort oder ihren individuellen Voraussetzungen.

264 **3.1 Gute Bildung für alle – durch gute Rahmenbedingungen**

- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- 285
- 286
- 287
- 288
- 289
- 290
- Die Frühkindliche Bildung ist das Fundament für gute Startchancen von Kindern. Die Situation in den **Kindertageseinrichtungen** in Sachsen-Anhalt ist aber angespannt: Die demografische Entwicklung und eine hohe Belastung gefährden die Qualität der Bildungsarbeit und treiben Fachkräfte in den Berufsausstieg. Wir fordern einen **besseren gesetzlich verankerten Betreuungsschlüssel** (Fachkraft-Kind-Schlüssel) für Krippen 1:3, Kindergarten 1:7 und Hort 1:10, gesetzlich **garantierte Vor- und Nachbereitungszeiten** (mind. 20 Prozent der Arbeitszeit), **verlässliche Vertretungsregelungen** bei Personalausfällen (mind. 5 bis 10 Prozent zusätzliches Personal), **verbindliche Höchstgruppengrößen** (max. 12 Kinder U3 / 18 Kinder Ü3), einen Anspruch auf **mind. fünf bezahlte Fortbildungstage** pro Jahr, die **Freistellung von Führungskräften** je nach Einrichtungsgröße sowie den **Aufbau multiprofessioneller Teams** (z.B. Sozialarbeiter*innen, Sprachförderkräfte). Zudem muss eine **dynamische Finanzierung** der Einrichtungen sichergestellt werden. Zuschüsse müssen an Tarifentwicklungen, Inflation und Betriebskosten angepasst werden. Zwingend erforderlich halten wir auch eine verbindliche Fachberatung und Qualitätssicherung in allen Einrichtungen.
 - Die Träger müssen den Erzieher*innen **Vollzeitstellen** anbieten. Die Flex-Verträge sind nicht haltbar. Die kommunale Ebene muss mit in die Verantwortung genommen werden.
 - Die **schulische Bildung** steht unter großem Druck. Der Lehrkräftemangel und hoher Stundenausfall gefährden Bildungsgerechtigkeit und Zukunftschancen. Daher fordern wir eine **Fortschreibung des „Berichts zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs“** unter Einbeziehung aktueller Herausforderungen wie Inklusion, Migration, individuelle Förderung und Digitalisierung und verstärkte **Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und -bindung**.
 - Wir fordern neben der Nutzung der EU-Mittel ein landeseigenes **Programm zum Ausbau der Schulsozialarbeit** in allen Schulen.
 - Ein konstruktiver und rechtzeitiger **Dialog über Bildungsfragen** mit allen Beteiligten ist anzuregen. Bisherige einseitig veranlasste Maßnahmen führten häufig zu erhöhter Arbeitsbelastung und in der Folge zum vorzeitigen Verlassen des Landesdienstes von älteren Kolleg*innen.

- 291 • Der Ganzttag in der Grundschule muss flexibler gestaltet werden. Neben dem bisherigen additi-
 292 ven Modell sollen auch integrative Konzepte möglich sein. **Ganztagsgrundschulen** müssen
 293 dort entstehen können, wo Gesamtkonferenzen sie beschließen.
- 294 • **Seiteneinsteigende an Schulen** müssen besser unterstützt werden. Dafür braucht es ein der
 295 Einstiegsqualifikation angepasstes Qualifizierungsmodell, welches mit dem berufsbegleitenden
 296 Vorbereitungsdienst endet; eine erweiterte Anerkennung von beruflicher Vorerfahrung zur
 297 Gewährung von höheren Ehrfahrungsstufen bei der Einstellung, ein transparentes Verfahren zur
 298 Fächerableitung und eine strukturierte Einarbeitung mit reduzierter Unterrichtsverpflichtung.
 299 Für bereits im System befindlich Lehrkräfte im Seiteneinstieg ist die Anerkennung durch Bewäh-
 300 rung im Dienst vorzusehen.
- 301 • Der **Einstellungstop für pädagogisches Personal** muss aufgehoben werden. **Pädagogische**
 302 **Unterrichtshilfen** brauchen ein klares Aufgabenprofil. Sie sollen die ausgebildete Lehrkraft un-
 303 terstützen und nicht ersetzen.
- 304 • Frühkindliche Bildung, Jugendhilfe und Schulen brauchen moderne Einrichtungen. Wir fordern
 305 ein **Investitionsprogramm des Landes für die Modernisierung und Digitalisierung von Be-**
 306 **treuungs- und Bildungseinrichtungen** einschließlich **Standards für die Ausstattung von**
 307 **Schulen**, auch was die Anforderungen an die digitale Ausstattung angeht. Zusätzlich muss in
 308 Hitzeschutz investiert werden.
- 309 • Es ist notwendig, für alle Studierenden die materiellen Voraussetzungen für ihr Studium deut-
 310 lich zu verbessern. Hierzu zählt der **Verzicht auf Studiengebühren** sowie der Einsatz des Lan-
 311 des auf Bundesebene für ein angemessenes BAföG, das wieder deutlich mehr jungen Menschen
 312 zugutekommt.
- 313 • Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sowie Tutor*innen an den Hochschulen sind un-
 314 verzichtbare Arbeitskräfte. Auch sie sind Beschäftigte des Landes, leiden jedoch unter prekären
 315 Arbeitsbedingungen. Das Land muss seiner Verantwortung als Arbeitgeber gerecht werden und
 316 sich im Rahmen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für einen **Tarifvertrag für studentische**
 317 **Beschäftigte** (TVStud) einsetzen.
- 318 • Die **Finanzierung der Erwachsenenbildung** muss auf sichere Füße gestellt werden. Dazu ge-
 319 hört eine auskömmliche Mittelausstattung für Volkshochschulen als Voraussetzung dafür, dass
 320 das pädagogische Personal gut bezahlt und Scheinselbstständigkeiten verhindert werden.
- 321 • Die **politische Erwachsenenbildung** muss stärker als bisher über das Erwachsenenbildungs-
 322 gesetz (EBG) gefördert werden. Dafür ist es notwendig, das **Zuschussvolumen** über das Jahr
 323 2027 hinaus zu verstetigen und zu **dynamisieren**. Für nach dem EBG anerkannte Träger müssen
 324 **Investitionszuschüsse auch für die bauliche Modernisierung der Lernorte** gelten.
- 325 • Das Land Sachsen- Anhalt ist aufgefordert, **Bildungszeit** in Sachsen-Anhalt bekannter zu ma-
 326 chen durch **landesweite Werbemaßnahmen**, insbesondere für politische und ehrenamtliche
 327 Bildung. Voraussetzung ist eine rechtliche Grundlage, die die politische Bildung und die Quali-
 328 fizierung des Ehrenamtes als anerkannte Lernbereiche umfasst.

329 **3.2 Übergangschancen verbessern – Berufliche Bildung stärken**

- 330 • Die zahlreichen **Maßnahmen zur beruflichen Orientierung für junge Menschen** in Sachsen-
 331 Anhalt müssen besser vernetzt und auf einem gesetzlich festgeschriebenen Mindeststandard
 332 aufgebaut werden. Der Mindeststandard sorgt auch bei einem Schulformwechsel für gute und
 333 vergleichbare Praxisorientierung. Wir fordern daher ein verbindliches **Landeskonzept berufliche**
 334 **Orientierung**, welches insbesondere auch auf Gymnasien angewendet wird. Ziel muss sein,
 335 dass Arbeitgebende und Ausbildungsinteressierte wieder besser zueinanderfinden.
- 336 • Die bisher eingeführten Möglichkeiten der **Praktikumsvergütung** im Handwerk und in der
 337 Landwirtschaft für freiwillige Praktika müssen auf andere Ausbildungsbereiche ausgeweitet
 338 werden.

- 339
- 340
- 341
- 342
- 343
- 344
- 345
- 346
- 347
- 348
- 349
- 350
- 351
- 352
- 353
- 354
- 355
- 356
- 357
- 358
- 359
- 360
- 361
- 362
- 363
- 364
- 365
- 366
- 367
- 368
- 369
- 370
- 371
- 372
- 373
- **Die duale Ausbildung** in Sachsen-Anhalt befindet sich in einer schwierigen Situation. Die gemeldeten Berufsausbildungsstellen sind rückläufig, Bewerber*innen und Ausbildungsbetriebe finden nicht zueinander und zu viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz landen in Übergangsmaßnahmen, die zu keinem Abschluss führen. Wir setzen uns daher für einen **Ausbildungsfonds nach Bremer Modell** ein, der durch eine solidarische Ausbildungsabgabe aller Unternehmen und Dienststellen finanziert wird. Betriebe, die sich an der Ausbildung von Fachkräften beteiligen, erhalten Unterstützung aus dem Fonds, um Ausbildungskosten zu reduzieren, Ausbildungspersonal zu gewinnen und zu qualifizieren. Unser klares Ziel: Ein besseres Angebot an attraktiven Ausbildungsplätzen schaffen und die finanzielle Entlastung der Ausbildungsbetriebe vorantreiben.
 - Ausbildungsinteressierte junge Menschen werden zu oft in Übergangsmaßnahmen ohne konkrete Abschlussperspektive vermittelt. Wir fordern die **Überprüfung des so genannten Übergangssektors**, um zukünftig passgenauere Angebote zu entwickeln. Dabei muss immer dem Zugang zu betrieblichen Erfahrungswelten der Vorrang gegeben werden.
 - Um Auszubildende finanziell zu entlasten, fordern wir eine **Ausweitung der Zuschüsse des Landes für Unterkunft- und Fahrtkosten** sowie die Einführung eines ermäßigten Deutschlandtickets für Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen im Landeshaushalt 2027.
 - Berufsbildende Schulen sind integraler Bestandteil aller Teilbereiche der beruflichen Bildung. Sie müssen kontinuierlich weiterentwickelt und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Wir fordern die Etablierung eines **landesweiten Berufsschulmonitorings** unter Beteiligung der Schulträger und Sozialpartner, welches Investitionsbedarfe, das Lagebild der Unterrichtsversorgung und die Verbesserung der Lernortkooperation mit Betrieben und weiteren Partnern in den Blick rückt.
 - Wir fordern eine schnelle Klarstellung bei der Verwendung der Bundesmittel im Sonderprogramm "Junges Wohnen" auch für die Finanzierung von temporären Wohnheimplätzen für Auszubildende, die sich beispielsweise im Blockunterricht befinden. Das Ziel muss sein, die **Platzkapazitäten in Azubi-Wohnheimen** durch Neubau und Erweiterung bedarfsgerecht zu erhöhen. Das Land muss dafür den finanziellen Rahmen setzen.
 - Junge Menschen müssen frühzeitig über die Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft aufgeklärt werden, insbesondere über die Rolle und Aufgabe von Gewerkschaften. Wir fordern, dass der uneingeschränkte Zugang zu Berufsschulen für gewerkschaftliche Bildungsangebote gewahrt bleibt.
 - Das bisherige Modellprojekt zur **praxisintegrierten Ausbildung von Erzieher*innen** muss über 2027 hinaus verstetigt werden, um attraktive Ausbildungsangebote und Fachkräfte zu sichern.

374 **3.3 Berufliche Weiterbildung für sichere Arbeitsplätze in turbulenten Zeiten**

- 375
- 376
- 377
- 378
- 379
- 380
- 381
- 382
- 383
- 384
- 385
- 386
- 387
- Die Transformation trifft die Beschäftigten in den einzelnen Branchen und Regionen sehr unterschiedlich. Ob in der Altmark oder im Mitteldeutschen Kohlerevier: Soziale Verwerfungen müssen verhindert werden – etwa, wenn Personalabbau, Umstrukturierungen und Insolvenzen drohen. Neue Beschäftigungschancen müssen durch **frühzeitige und bedarfsorientierte Qualifizierung**, Aus- und Weiterbildung sowie vorausschauende regionale und überregionale Wirtschafts- und Strukturpolitik erschlossen werden.
 - Die Einführung und Umsetzung von sogenannten **Arbeitsmarktdrehscheiben** muss in den von der Transformation betroffenen Regionen und Branchen ausgebaut werden. Um das Angebot bekannter zu machen, ist eine zielgerichtete Ansprache sowie die Einbindung von Betriebsrät*innen sinnvoll. Ziel ist es, dass Beschäftigte möglichst nahtlos von guter Arbeit in gute Arbeit wechseln können. Eine Voraussetzung ist die frühzeitige Meldung über drohende Arbeitsplatzverluste seitens der Unternehmen. Flankierend muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass eine gegebenenfalls erforderliche Qualifizierung noch während der aktuellen Beschäftigung,

388 aber auch in einer neuen Tätigkeit realisiert werden kann. Dafür ist eine Vernetzung mit Quali-
389 zierungsverbänden, Fachkräfteallianzen und Bildungsräumen in den Regionen sinnvoll und zu
390 prüfen.

- 391 • Die **Fachkräftestrategie des Landes** ist noch stärker auf Menschen mit (Schwer-) Behinde-
392 rung/Beeinträchtigung, Alleinerziehende, An- und Ungelernte sowie Personen mit Grundbil-
393 dungsbedarf auszurichten, um eine bessere Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu ermögli-
394 chen.

395 **4 Solidarische Daseinsvorsorge – Für alle, nicht für Profite**

396 Aufgrund der angespannten Haushaltslage in vielen Kommunen ist das Ziel, gleichwertige Lebensver-
397 hältnisse für alle in Sachsen-Anhalt zu schaffen, akut gefährdet. Doch gerade für das Flächenland Sach-
398 sen-Anhalt ist eine funktionierende und vor allem solidarische Daseinsvorsorge ein zentraler Pfeiler für
399 den sozialen Zusammenhalt. Um die Grundbedürfnisse der Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft
400 oder Wohnort – abzusichern und die Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen
401 Land zu schaffen, müssen öffentliche Angebote auskömmlich finanziert und für alle zugänglich sein. Das
402 stärkt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und ist ein Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des
403 Landes.

404 **4.1 Gesundheitsversorgung und Pflege sichern – auch im ländlichen Raum**

- 405 • Die **Gesundheitsversorgung** im Land ist flächendeckend zu sichern. Menschen brauchen vor
406 Ort eine gute Gesundheitsversorgung mit schnellen Terminen beim Hausarzt und kürzeren War-
407 tezeiten bei Fachärzten. Ärzte, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen müssen gut (mit
408 öffentlichen Verkehrsmitteln) erreichbar sein.
- 409 • Die **Krankenhausreform** muss hier im Land durchgeführt werden, ohne dass es zu einem un-
410 kontrollierten Kliniksterben kommt, denn das würde die Versorgung von Patient*innen wie
411 auch Arbeitsplätze von Beschäftigten hart treffen. Besonders in strukturschwachen Regionen
412 muss bedarfsgerechte Versorgung jederzeit gewährleistet bleiben. Um Standorte zu sichern,
413 sind länderübergreifende Kooperationen von Krankenhäusern in Betracht zu ziehen. Das Ziel:
414 An jedem Standort muss die **Grundversorgung** sichergestellt und die Mindestmengenregelun-
415 gen für Fachabteilungen eingehalten werden.
- 416 • Die **Erweiterung der Befugnisse von Schwestern und Pfleger*innen**, die bei Hausärzten an-
417 gestellt sind, ist dringend auf Bundesebene voranzubringen, um die medizinische und pflegeri-
418 sche Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, zu ergänzen.
- 419 • Aufgrund der stetig steigenden Pflegekosten sind Pflegebedürftige immer häufiger auf Sozial-
420 hilfe angewiesen, um den Eigenanteil für die Pflege zu bezahlen, weil Einkommen und Erspartes
421 oftmals nicht ausreichen. Der Eigenanteil wird u.a. durch sachfremde Leistungen wie die Inves-
422 titionskosten (u.a für Umbaumaßnahmen, Instandhaltung und Modernisierung oder Brand-
423 schutzmaßnahmen in den Einrichtungen) oder auch eine pauschale Ausbildungsumlage für
424 Pflegekräfte bestimmt. Um Pflegebedürftige finanziell zu entlasten, sollte das Land Sachsen-
425 Anhalt die **Investitionskosten übernehmen und die Ausbildungspauschalen aus dem Eigen-**
426 **anteil herauslösen.**

427 **4.2 Familienfreundliches Sachsen-Anhalt – Gutes Leben für alle Generationen**

- 428 • In einem Land mit wenigen Kindern und Jugendlichen müssen wir gute Chancen für alle sichern
429 – und das beginnt mit guter Kinderbetreuung. Weniger Kinder in den Kitas – das ist keine Gele-
430 genheit für Personaleinsparung, sondern eine Gelegenheit für **bessere Personalschlüssel und**
431 **Arbeitsbedingungen** der Erzieher*innen. Nutzen wir die Chance zur Qualitätssteigerung in den
432 Einrichtungen, für eine bessere Vereinbarkeit und die Zukunft unserer Kinder!

- 433
- 434
- 435
- 436
- 437
- 438
- 439
- 440
- 441
- 442
- 443
- 444
- 445
- 446
- 447
- 448
- 449
- 450
- 451
- 452
- 453
- 454
- 455
- 456
- 457
- Junge Menschen und ihre Vereinigungen müssen eine attraktive Förderung aus Landesmitteln erhalten. Wir fordern die **Stabilisierung und Aufstockung der Fördermittel für außerschulische Bildungsangebote und die Jugendverbandsarbeit**.
 - Das Land muss eine **Strategie zur Stärkung sozialer Teilhabe im Alter** verfolgen, die auf die Lebensrealität älterer Menschen in allen Regionen des Landes ausgerichtet ist und ihnen ein gutes, selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht. Dafür braucht es u.a. **mehr Barrierefreiheit** im öffentlichen Raum, auf Verkehrswegen und ganz besonders in der eigenen Wohnung. Nur so lässt sich selbständiges Leben im Alter möglichst lange erhalten.
 - Trotz jahrzehntelanger Erwerbsbiografien werden ostdeutsche Lebens- und Arbeitsleistungen im gesamtdeutschen Rentensystem bis heute unzureichend anerkannt. Der von der Bundesregierung initiierte Härtefallfonds für u.a. Personen aus der Ost-West-Rentenüberleitung blieb hinter den Erwartungen zurück, zudem verweigerte das Land Sachsen-Anhalt eine Aufstockung der Bundesmittel. Deshalb fordern wir einen **Gerechtigkeitsfonds zwischen Bund und Ländern**, der regelmäßige Ausgleichszahlungen an einen erweiterten Kreis ehemaliger DDR-Beschäftigter gewährt und die besondere Situation von in der DDR geschiedenen Frauen berücksichtigt.
 - Fast jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt (19,4 Prozent) gilt als armutsgefährdet, bei Kindern ist es sogar jedes vierte. Um die Armut im Land wirksam zu bekämpfen, braucht es strukturelle Lösungen und eine ganzheitliche Herangehensweise. Daher fordern wir eine **Landesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung** unter Einbindung von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Selbstvertretungen, wissenschaftlichen Institutionen, Kommunen und politische Entscheidungsträger*innen. Darüber hinaus braucht es wieder einen **Armutsbericht auf Landesebene**, um Bedarfe von Menschen in Armutslagen zu erkennen, armutspolitische Handlungsbedarfe zu benennen und Lösungsansätze zu entwickeln.

458 **4.3 Bezahlbarer Wohnraum – attraktive Verkehrsinfrastruktur**

- 459
- 460
- 461
- 462
- 463
- 464
- 465
- 466
- 467
- 468
- 469
- 470
- 471
- 472
- 473
- 474
- 475
- 476
- 477
- 478
- 479
- 480
- Da die steigenden Mieten und Nebenkosten für Familien und Menschen mit kleinen Einkommen nicht mehr zu stemmen sind, muss die Landesregierung dringend **genügend Sozialwohnungen schaffen**.
 - Sachsen-Anhalt muss **bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen** sichern, damit sie für Ausbildung und Studium im Land bleiben können.
 - Ein attraktiver, bedarfsgerechter und funktionierender öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit guten Taktzeiten und bezahlbaren Tarifen muss landesweit sichergestellt werden. Dafür braucht es Geld. Wir fordern die zweckgebundene und vollständige **Weitergabe der Regionalisierungsmittel** an die Kommunen, eine **Aufstockung der Mittel** durch das Land sowie die Einrichtung eines **Sondervermögens „Infrastruktur ÖPNV“**, um Planungssicherheit für Investitionen zu schaffen.
 - **Busverbindungen** sollen eng mit dem SPNV verknüpft sein, so dass Städte ab 5.000 Einwohnern mindestens **im Stundentakt** erreichbar sind. Alle Angebote, darunter auch Rufbusse, dürfen ausschließlich von Unternehmen durchgeführt werden, die Tarifverträge anwenden.
 - Der nachhaltige **Ausbau der Verkehrs- wie Fuß- und Radwege, Haltestellen und multimodalen Verkehrshaltepunkten** als eine echte Alternative zum Auto muss beschleunigt werden. Dabei sind die Kommunen finanziell zu entlasten und das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auszuschöpfen.
 - Die Landesregierung muss die zeitgemäße **Vernetzung aller Verkehrsangebote** durch funktionierende Netze und eine flächendeckende digitale Infrastruktur weiter ausbauen. Betriebliche und kommunale Mobilitätskonzepte müssen gefördert werden, um bezahlbare, flexible und verlässliche Angebote zu schaffen, insbesondere für den Ausbildungsverkehr.

- 481 • Um zukunftsweisende Mobilitätskonzepte zu schaffen, muss der **flächendeckende Ausbau der**
 482 **Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie Wasserstofftanksäulen** weiter intensiviert werden.
 483 • Wir fordern eine **dauerhafte Absicherung und den Ausbau von Nah- und Regionalverkehr auf**
 484 **der Schiene** sowie ein bundesweit einheitliches **Sozialticket**. Preisnachlässe für Kinder, Schü-
 485 lerinnen, Azubis, Eltern und Seniorinnen sollen die Mobilität für alle ermöglichen und fair ge-
 486 gestalten.
 487 • Zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Förderung nachhaltiger Mobilität ist die
 488 **Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten** an das bestehende Schienennetz und den
 489 ÖPNV stärker zu berücksichtigen.

490

491 **5 Demokratische und sichere Gesellschaft –** 492 **Kein Platz für Hass & Hetze**

493 Die gesellschaftliche Stimmung in Sachsen-Anhalt ist zunehmend geprägt von Unsicherheit und Polari-
 494 sierung. Hass und Hetze gewinnen in öffentlichen Debatten an Lautstärke und gefährden das demokra-
 495 tische Miteinander. Gerade in Zeiten multipler Krisen zeigt sich, wie verletzlich das Fundament unserer
 496 Demokratie ist – und wie dringend es gestärkt werden muss. Neben einer aktiven und wehrhaften Zivil-
 497 gesellschaft braucht es auch Institutionen, die das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie sichern.
 498 Innere Sicherheit bedeutet dabei nicht nur den Schutz vor Gewalt und Extremismus, sondern auch so-
 499 ziale Sicherheit und gleiche Chancen für alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder
 500 Lebensentwurf. Sachsen-Anhalt muss ein Land bleiben, in dem Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
 501 das Fundament des Zusammenlebens bilden.

502 **5.1 Starke Zivilgesellschaft für Demokratie und Weltoffenheit**

- 503 • Angesichts zunehmender antidemokratischer Tendenzen fordern wir ein klares politisches Be-
 504 kenntnis zur **Stärkung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlicher Arbeit**. Dazu
 505 gehört der Ausbau und die sichere Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung und
 506 von Vereinen wie Miteinander e.V. sowie die strukturelle Förderung zivilgesellschaftlicher Demo-
 507 kratieinitiativen. Ein Schwerpunkt zivilgesellschaftlicher Förderung muss auf Antidiskriminie-
 508 rung liegen.
 509 • Das bewährte **Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit** muss auch in der
 510 kommenden Legislatur weitergeführt werden.
 511 • Kunst, Kultur und freie Medien sind essenzielle Bestandteile der Demokratie. Sie brauchen ver-
 512 lässliche Unterstützung und Schutz. Deshalb braucht es eine **langfristige und dynamische Fi-**
 513 **nanzierung von Kunst- und Kultureinrichtungen**, eine klare Positionierung gegen rechtsex-
 514 tremen Einflussnahme auf Spielpläne, Intendant*innen und Inhalte, eine **Stärkung des**
 515 **öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)** und des journalistischen Berufsstandes sowie besse-
 516 ren Schutz von Journalist*innen vor Übergriffen – insbesondere bei Demonstrationen.
 517 • Menschen aus dem Ausland leisten einen wichtigen Beitrag, um Fachkräftengpässe abzumil-
 518 dern. Dazu müssen die Voraussetzungen stimmen. Auch Menschen mit Migrationsgeschichte,
 519 die bereits in Sachsen-Anhalt leben, werden bisher teils noch ausgebremst. Die Politik muss bü-
 520 rokratische Hürden abbauen und Menschen das Ankommen erleichtern. Im Rahmen des Fach-
 521 kräftesicherungspaktes hat das Land Voraussetzungen für **eine gelingende Integration** be-
 522 nannt. Dazu gehört neben einer gelebten **Willkommenskultur in Politik, Betrieben und**
 523 **Gesellschaft** die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die Verstetigung der Aner-
 524 kennungs- und Qualifizierungsberatung, verlässliche, transparente und unbürokratische An-
 525 trags- und Aufenthaltsverfahren sowie berufsvorbereitende und berufsbegleitende Sprachför-
 526 derung. Grundsätzlich gilt: Für ausländische Fachkräfte müssen die gleichen

527 Arbeitsbedingungen gelten wie für inländische Arbeitnehmer*innen, d. h. vor allem Tarifbin-
528 dung und gute Arbeit.

529 **5.2 Innere Sicherheit für ein friedliches Zusammenleben**

- 530 • Investitionen in mehr Polizeivollzugsbedienstete sind Investitionen in die Sicherheit und den
531 Zusammenhalt unseres Landes. Nur durch eine angemessene Erhöhung des Personals kann die
532 Polizei die Sicherheit der Menschen in Sachsen-Anhalt effektiv gewährleisten und schnelle Re-
533 aktionszeiten sicherstellen. Dazu muss bis Ende 2030 eine **Personalstärke von mindestens**
534 **7.400 Polizeivollzugsbediensteten** erreicht werden.
- 535 • Zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes in der Fläche fordern wir einen **ständigen Streifen-**
536 **und Postendienst** (300 Bedienstete) zur Bewachung von gefährdeten religiösen Einrichtungen.
- 537 • Durch den Stellenabbau in den vergangenen Jahren und den Einstellungsstopp in der Landes-
538 verwaltung, der sich auch bis in die Polizeiverwaltung auswirkt, müssen Verwaltungsaufgaben
539 zunehmend durch Kolleg*innen des Polizeivollzugsdienstes ausgeführt werden. Das schwächt
540 den Polizeivollzugsdienst. Statt Personal abzubauen, braucht es eine **Stärkung der Polizeiver-**
541 **waltung**. Hierfür bedarf es zwingend einer Sollstärke von 1.500 Bediensteten. Als Sofortmaß-
542 nahme ist die Umwandlung von Stellen mit kw-Vermerk (künftig wegfallend) in originäre voll-
543 zeitäquivalente Planstellen durchzuführen. Hierbei ist der Grundsatz zu beachten, dass sich die
544 Zahl der Bediensteten im Bereich der Polizeiverwaltung zwingend an der Personalstärke des
545 Polizeivollzuges orientieren muss.
- 546 • Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen und der zunehmenden und
547 komplexer werdenden Bedrohungslagen im Bereich des politisch-motivierten und religiösen
548 Extremismus sowie der Cyber-Sicherheit fordern wir eine deutliche **Aufwertung der Arbeitsbe-**
549 **dingungen im Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt**. Gemeint ist eine Aufstockung des Per-
550 sonals, eine ausreichende Ausstattung mit moderner technischer Infrastruktur und IT-Sicher-
551 heitsmitteln sowie eine kontinuierliche Fortbildung und Qualifizierung der Beamt*innen/
552 Beschäftigten. Zur Eindämmung und Ahndung politisch motivierter Gewalt und Kriminalität im
553 Internet muss auch die Justiz mit mehr Personal ausgestattet werden.
- 554 • Der anhaltende **Beförderungsstau** – von dem nach wie vor weit über 1.000 beförderungsfähige
555 Beamt*innen betroffen sind – muss durch ein dauerhaft **erhöhtes Beförderungsbudget** abge-
556 baut werden. Mit dem Personalaufwuchs in der Polizei ist zwingend auch eine bedarfsgerechte
557 Anpassung der Beförderungskapazitäten sicherzustellen.

558 **5.3 Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt**

- 559 • Sachsen-Anhalt braucht **ein modernes Gleichstellungsgesetz** für alle Wirtschaftsbereiche,
560 nicht nur für den öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst fordern wir Stufenvertretungen im
561 Schul- und Polizeidienst sowie unabhängige Gleichstellungsbeauftragte mit Klagerecht.
- 562 • **Wirtschaftliche Unabhängigkeit** ist für viele Menschen in Sachsen-Anhalt immer noch ein un-
563 erreichbarer Wunsch, besonders für Frauen. Arbeitsmarktprogramme zur Unterstützung Allein-
564 erziehender, für Berufsorientierung ohne Geschlechterklischees und zur Unterstützung berufli-
565 cher Weiterbildung müssen verstetigt werden.
- 566 • **Schutz vor Gewalt**: 2024 wurde mit 5720 Betroffenen in Sachsen-Anhalt ein Höchststand bei
567 Partnerschaftsgewalt erreicht. Auch am Arbeitsplatz sind Frauen von Gewalt und sexueller Be-
568 lästigung betroffen. Das Land muss mehr Frauenhausplätze und Beratungsangebote für gewalt-
569 betroffene Frauen und ihre Kinder bereitstellen und ihre Finanzierung dauerhaft absichern,
570 auch im ländlichen Raum. Frauenhaus-Mitarbeiterinnen müssen faire, tarifliche Arbeitsbedin-
571 gungen bekommen. Polizei und Kommunen brauchen genug Personal für eine enge Zusam-
572 menarbeit und den Schutz bedrohter Frauen.

573

stabil für gute Arbeit

Impressum:

DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Olvenstedter Straße 66

39108 Magdeburg

